

Osnabrück, 16.03.2020

## **Infektionsschutzrechtliche Allgemeinverfügung**

### **zur Beschränkung des Besuchs von Einrichtungen nach § 23 Abs. 3 Nr. 1 und Nr. 3 bis 5 IfSG und stationären Einrichtungen der Pflege- und Eingliederungshilfe**

Das neuartige Coronavirus SARS-CoV-2 hat sich in kurzer Zeit weltweit verbreitet. Auch in Deutschland gibt es mittlerweile eine Reihe von Fällen, meist in Verbindung mit Reisen in Risikogebiete und aus besonders betroffenen Regionen. Die Erkrankung COVID-19 verläuft in den meisten Fällen als grippaler Infekt und ist von einem Schnupfen oder einer echten Grippe (Influenza) klinisch nicht zu unterscheiden.

Gemäß § 28 Absatz 1 Satz 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) vom 20. Juli 2000 (BGBl. I S. 1045) in der jeweils geltenden Fassung, § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöD wird deshalb folgende Allgemeinverfügung erlassen:

#### **1. Es ist untersagt, folgende Einrichtungen zu betreten:**

- a) Einrichtungen nach § 23 Absatz 3 Nr. 1 und Nr. 3 bis 5 IfSG (Krankenhäuser, Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen, in denen eine den Krankenhäusern vergleichbare medizinische Versorgung erfolgt, Dialyseeinrichtungen, Tageskliniken), ausgenommen von dem Betretungsverbot sind behandlungsbedürftige Personen,
- b) stationäre Einrichtungen der Pflege und der Eingliederungshilfe, wie Heime für ältere Menschen, pflegebedürftige Menschen oder Menschen mit Behinderungen nach § 2 Abs. 2 des Niedersächsischen Gesetzes über unterstützende Wohnformen (NuWG), stationäre Einrichtungen der Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten nach §§ 67 ff. SGB XII sowie Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, andere Leistungsanbieter nach § 60 SGB IX, Tagesförderstätten, Tagesstätten für Menschen mit seelischen Behinderungen, ausgenommen von dem Betretungsverbot sind behandlungsbedürftige und betreuungsbedürftige Personen.

Hiervon ausgenommen sind notwendige therapeutische Maßnahmen und zwingende Dienstleistungen zur Aufrechterhaltung des Einrichtungsbetriebs.

Die Einrichtungsleitungen können in besonderen Härtefällen einzelfallbezogen Ausnahmen gewähren (z.B. Besuch naher Angehöriger in lebensbedrohlichen Situationen der Bewohner).

2. Die Anordnung zu Ziff. 1 tritt am auf die Bekanntgabe folgenden Tag in Kraft. Die sofortige Vollziehung wird angeordnet. Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hat keine aufschiebende Wirkung.
3. Auf die Strafvorschrift des § 75 Abs. 1 Nr.1 IfSG wird hingewiesen.
4. Die Allgemeinverfügung ist zunächst bis zum 30.04.2020 befristet.

Begründung:

Werden Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt, so trifft die zuständige Behörde nach § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG die notwendigen Schutzmaßnahmen, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist.

Der Landkreis Osnabrück ist nach § 2 Abs. 1 Nr. 2, § 3 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 NGöGD zuständige Behörde im Sinne des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) und gemäß § 28 Abs. 1 S. 2 IfSG für den Erlass von Schutzmaßnahmen zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten zuständig.

Unter den Voraussetzungen des § 28 Abs. 1 S. 1 IfSG kann die zuständige Behörde Personen verpflichten, von ihr bestimmte Orte nicht zu betreten, die eine Verbreitung von Krankheitserregern begünstigen.

Gemäß § 2 Nr. 1 IfSG sind Krankheitserreger im Sinne des Infektionsschutzgesetzes vermehrungsfähige Agens (Virus, Bakterium, Pilz, Parasit) oder ein sonstiges biologisches transmissibles Agens, das bei Menschen eine Infektion oder übertragbare Krankheit verursachen kann. Bei SARS-CoV-2 handelt es sich um einen Krankheitserreger im Sinne des § 2 Nr. 1 IfSG.

Zu Ziffer 1a: In den stationären medizinischen Einrichtungen werden vielfach Personen betreut, die durch eine Infektion mit dem neuen Erreger in besonders schwerer Weise gesundheitlich gefährdet wären. Zum Schutz dieser besonders vulnerablen Personengruppen stellt die Beschränkung des Zugangs für Besucher eine geeignete, erforderliche und angemessene Schutzmaßnahme dar. Neben der Vermeidung von Einträgen des Erregers wird hierdurch auch die medizinische Versorgung unterstützt. Die Wahrscheinlichkeit einer Erkrankung des betreuenden und sowie des medizinischen Personals wird verringert.

Zu Ziffer 1b: Hier gelten entsprechend die Überlegungen wie zu Ziff. 1a.

Zu Ziffer 2: Die Anordnung zu Ziff. 1 tritt am auf die Bekanntgabe folgenden Tag in Kraft. Eine Klage gegen diese Allgemeinverfügung hätte keine aufschiebende Wirkung.

Zu Ziffer 3: Da eine Zuwiderhandlung gegen die in Ziffern 1 und 2 enthaltenen Anordnungen gemäß § 75 Absatz 1 Nummer 1, Absatz 3 IfSG strafbar ist, wird hierauf hingewiesen.

Zu Ziffer 4: Wegen der bestehenden Unklarheiten in Bezug auf die weitere Entwicklung der epidemischen Lage ist die Anordnung zunächst befristet. Bei einer entsprechenden zukünftigen Risikoeinschätzung wird die Anordnung verlängert oder verkürzt

### Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Verfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück erhoben werden.

Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstr. 15, 49074 Osnabrück die aufschiebende Wirkung gem. § 80 Abs. 5 VwGO ganz oder teilweise anordnen.

Osnabrück, den 16.03.2020



Anna Kebschull

(Landrätin)

**AUFGEHOBBEN**